

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

80. Sitzung

am Donnerstag, dem 5. September 2002, 10:00 Uhr,  
im Konferenzsaal des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Dr. Johann Wadephul (CDU)

in Vertretung von Klaus Klinckhamer

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Günther Hildebrand (FDP)

in Vertretung von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht über den Haushaltsablauf / Stand: 30. Juni 2002</b>	<b>4</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2410	
<b>2. Strukturveränderung in der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein; Zukunft der Oberfinanzdirektion Kiel</b>	<b>5</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2411	
<b>3. Aufstellung eines Doppelhaushalts für die Jahre 2004/2005</b>	<b>6</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2412	
<b>4. Entwurf eines Gesetzes zur Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften in Schleswig-Holstein (Standardöffnungsgesetz - StöffG S-H)</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/123	
<b>5. Förderung des Ehrenamtes</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/778	
<b>6. Situation der schleswig-holsteinischen Werften, insbesondere Dotierung der Wettbewerbshilfe</b>	<b>10</b>
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 15/2470	
<b>7. Richtlinien für die Verwendung von Fraktionsmitteln</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 15/2470	
<b>8. Information/Kenntnisnahme</b>	<b>12</b>
<b>9. Verschiedenes</b>	<b>13</b>

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Bericht über den Haushaltsablauf / Stand: 30. Juni 2002**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/2410

Auf Fragen von Abg. Wiegard zur Entwicklung der Steuereinnahmen erwidert M Möller, nach den Zerlegungseffekten und dem bundesweiten Minus bei der Körperschaftsteuer im ersten Halbjahr 2002 hoffe man, dass sich die Einnahmen durch die Körperschaftsteuer im zweiten Halbjahr erholten. Das Steueraufkommen insgesamt einschließlich Bundesergänzungszuweisungen und Länderfinanzausgleich habe sich im Juli um minus 9,2 %, im August um plus/minus 0 % und im September um plus 18,4 % verändert. Von der Haushaltssperre, von der Hochbaumaßnahmen ausgenommen seien, seien auch investive Maßnahmen betroffen. Zur Frage von Abg. Wiegard, inwieweit Maßnahmen des Anti-Terror-Pakets zur besseren Ausstattung von Polizei und Verfassungsschutz von den Kürzungen betroffen seien, verweist er auf die Beantwortung einer Kleinen Anfrage.

Abg. Neugebauer kündigt eine Initiative der SPD-Fraktion zur Überprüfung der Regelungen der Körperschaftsteuer mit dem Ziel an, das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer zu erhöhen.

Abg. Heinold wiederholt die Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Kfz-Steuer zugunsten einer Erhöhung der Mineralölsteuer abzuschaffen.

Die Vorsitzende bittet das Finanzministerium, der Frage nachzugehen, inwieweit Mindereinnahmen bei der Kfz-Steuer durch verspätete Zahlung entstünden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Strukturveränderung in der Steuerverwaltung des Landes Schleswig-Holstein; Zukunft der Oberfinanzdirektion Kiel**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/2411

Abg. Wiegard unterstützt den zweistufigen Aufbau der Steuerverwaltung und fragt nach der Begründung für die Schaffung eines neuen Amtes für Automation.

M Möller erwidert, die vergleichsweise hohe Personalausstattung, des steuerlichen Automationsbereichs liege in der Vergangenheit begründet (Seite 3 der Vorlage). Von der Übertragung dieser im hoheitlichen Bereich angesiedelten Aufgabe auf die Datenzentrale habe man vor dem Hintergrund des Zusammenrückens der Datenzentralen Hamburg und Schleswig-Holstein abgesehen.

VP Qualen äußert, der Rechnungshof bezweifle vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit FISCUS, dass bis zum Jahr 2010 in dem zugeordneten Amt tatsächlich eine Reduzierung um 40 Stellen eintreten werde.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Aufstellung eines Doppelhaushalts für die Jahre 2004/2005**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/2412

M Möller wirbt dafür, erstmals für die Jahre 2004/2005 probenhalber den Entwurf eines Doppelhaushalts vorzulegen, der einen Effizienzvorteil und mehr Planungssicherheit für alle Seiten brächte. Die Erfahrungen anderer Bundesländer mit Doppelhaushalten seien durchweg positiv; der Trend gehe bei den Ländern eindeutig zum Doppelhaushalt. Dass man in Schleswig-Holstein bisher keinen Doppelhaushalt aufgestellt habe, habe an der Euromstellung und der IT-Technik gelegen.

Die Vertreter der CDU-Fraktion erklären, sie hielten die Einführung eines Zwei-Jahre-Haushalts, der im Grundsatz zu begrüßen sei, so lange für nicht verantwortbar, solange der vom Finanzminister vorgelegte und vom Parlament beschlossene Haushaltsplan bereits einige Wochen nach Beginn des Haushaltsjahres Makulatur sei.

Abg. Hildebrand spricht sich ebenfalls dafür aus, am Verfahren der jährlichen Haushaltsaufstellung festzuhalten, auch um Parlament und Öffentlichkeit seitens der Regierung jährlich über die Finanzpolitik des Landes zu informieren.

VP Qualen weist darauf hin, dass kommunale Zwei-Jahre-Haushalte noch vor zwei Jahren nicht befürwortet worden seien und die Aufstellung des Landeshaushalts für zwei Haushaltsjahre nach § 12 LHO nur in Ausnahmefällen zulässig sei.

Abg. Heinold spricht sich „nach Abwägung der Vor- und Nachteile“ dafür aus, für die Jahre 2004/2005 probenhalber den Entwurf eines Doppelhaushalts vorzulegen. Aufgrund der Einnahmeschwankungen seien Nachsteuerungen in jedem Fall unvermeidbar. Sie bittet das Ministerium um eine Übersicht derjenigen Bundesländer, die einen Doppelhaushalt (seit wann) fahren.

Abg. Spoorendonk und die Vorsitzende – unterstützt von M Möller – erinnern an die Notwendigkeit, sich als Finanzausschuss – wie mehrfach vereinbart – mit den Auswirkungen der neuen Steuerungsinstrumente intensiv auseinander zu setzen.

Die Vertreter der SPD begrüßen die Absicht der Landesregierung – gerade vor dem Hintergrund der Einführung neuer Steuerungselemente -, für die Jahre 2004/2005 den Entwurf eines Doppelhaushalts vorzulegen, mit dem andere Bundesländer positive Erfahrungen gemacht hätten und der die Chance biete, sich in den parlamentarischen Beratungen tatsächlich auf Schwerpunkte zu konzentrieren.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen nimmt der Ausschuss von der Absicht der Landesregierung, für die Jahre 2004/2005 den Entwurf eines Doppelhaushalts vorzulegen, zustimmend Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften in Schleswig-Holstein  
(Standardöffnungsgesetz - StöffG S-H)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/123

(überwiesen am 7. Juni 2000 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

Nachdem der federführende Innen- und Rechtsausschuss seine Beratungen abgeschlossen hat, sieht der Finanzausschuss von einem Votum zum Gesetzentwurf ab und behält sich vor, das Thema Standardöffnung im Rahmen der Funktionalreform wieder aufzugreifen.



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Förderung des Ehrenamtes**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/778

(überwiesen am 21. März 2001)

hierzu: Umdruck 15/1272

Der Ausschuss stellt die Beschlussfassung über den CDU-Antrag erneut zurück und bittet die Landesregierung, den finanzpolitischen Sprechern sowie dem Ausschussgeschäftsführer ein Exemplar des Berichts der Bundestagsenquetekommission zuzuleiten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Situation der schleswig-holsteinischen Werften, insbesondere Dotierung der Wettbewerbshilfe**

Antrag der Fraktion der FDP  
Umdruck 15/2470

AL Dr. Haass teilt mit, die vom Bund für die 9. Fortsetzung der Wettbewerbshilfe eingestellten Haushaltsmittel von 24 Millionen € würden zur Deckung des Gesamtprogramms wahrscheinlich nicht ausreichen. Die Landesregierung werde auf der Grundlage einer konkreten Bedarfsermittlung im Wege der Nachschiebeliste weitere Mittel zur Komplementärfinanzierung der Bundesmittel vorsehen. Inwieweit die im Haushaltsentwurf 2003 im Rahmen der 8. Fortsetzung enthaltene Mittelaufstockung um 5 Millionen €, die ausschließlich für die Abwicklung von Aufträgen für Flender geplant gewesen sei, anderweitig eingesetzt werde, sei ebenfalls Gegenstand derzeit laufender Gespräche mit allen Beteiligten.

Abg. Arp erinnert an das „Wort der Ministerpräsidentin“, dass in Schleswig-Holstein kein Schiffbauauftrag an fehlender Wettbewerbshilfe scheitern werde.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Richtlinien für die Verwendung von Fraktionsmitteln**

Antrag der Fraktion der FDP

Umdruck 15/2470

Auf Antrag der FDP-Fraktion bittet der Finanzausschuss den Ältestenrat, unter Beachtung der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes von Rheinland-Pfalz zur Öffentlichkeitsarbeit von Fraktionen bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen für das Jahr 2003 Richtlinien zur Verwendung der Fraktionsmittel nach dem Gesetz über die Rechtsstellung der Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag, insbesondere zu Art und Umfang der Öffentlichkeitsarbeit, zu vereinbaren.

VP Qualen begrüßt namens des Rechnungshofs, wenn sich die Fraktionen Richtlinien für die Verwendung der Fraktionsmittel auferlegten, und erinnert an den Bemerkungsbeitrag 1999, in dem der Rechnungshof einen Verhaltenskodex empfohlen habe.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Information/Kennntnisnahme**

Umdruck 15/2408 - Geschäftsbericht 2001 der GMSH

Umdruck 15/2444 – Geldwäsche

Umdruck 15/2445 – Landesarchiv

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Weil der Innen- und Rechtsausschuss am 18. September 2002 eine Anhörung zum Sparkassengesetz durchführt, wird die für diesen Termin vorgesehene Beratung der **Einzelpläne 01, 02, 05 und 11** auf den 31. Oktober 2002 verschoben.
- b) M Möller legt dem Ausschuss mit Umdruck 15/2409 einen Bericht zur künftigen Struktur und Positionierung der **Landesbank** vor, mit dem sich der Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen befassen will. Der Minister bietet an, den Unterausschuss für Unternehmensbeteiligungen des Landes über den Stand der Fusionsverhandlungen mit den Anteilseignern zu unterrichten. Sollte es nicht möglich sein, den Zutritt zum Beteiligungsausschuss analog den Geheimschutzgremien des Landtages auf die Ausschussmitglieder zu beschränken, werde er den bewährten Weg der informellen Unterrichtung der finanzpolitischen Sprecher und Finanzausschussvorsitzenden wählen.

Der Finanzausschuss bittet den Wissenschaftlichen Dienst, eine Regelung vorzuschlagen, die sicherstellt, dass der Zutritt zum Beteiligungsausschuss auf die eigentlichen Ausschussmitglieder begrenzt wird.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer